

Demokratiestaatsgebot und die im Buch belegte rechtlich nicht verfassungskonforme Realität.

Das real praktizierte "repräsentative System" der unterkomplexen Wahlkabinen der Neuzeit nimmt dem Bürger jene Rechte und auch Pflichten komplett, die sich im attischen Staat als Tugenden und Klebstoff der Demokratie herausgestellt hatten.

Bedeutender amerikanischer Wissenschaftler zur Bürgerbeteiligung:

"Was auffällt, wenn man die Online-Berichte dieser 3 Bürgerräte liest, ist das Maß an Nuancierung, mit dem eine technisch ausgefeilte Alternative mit Argumenten untermauert wird. Wer daran zweifelt, dass normale ausgeloste Bürger in der Lage sind vernünftige und rationale Entscheidungen zu treffen, sollte diese Berichte lesen". st ein Textblock. Verwenden Sie ihn, um Text zu Ihrer Vorlage hinzuzufügen.

https://en.wikipedia.org/wiki/Terry_Bouricius

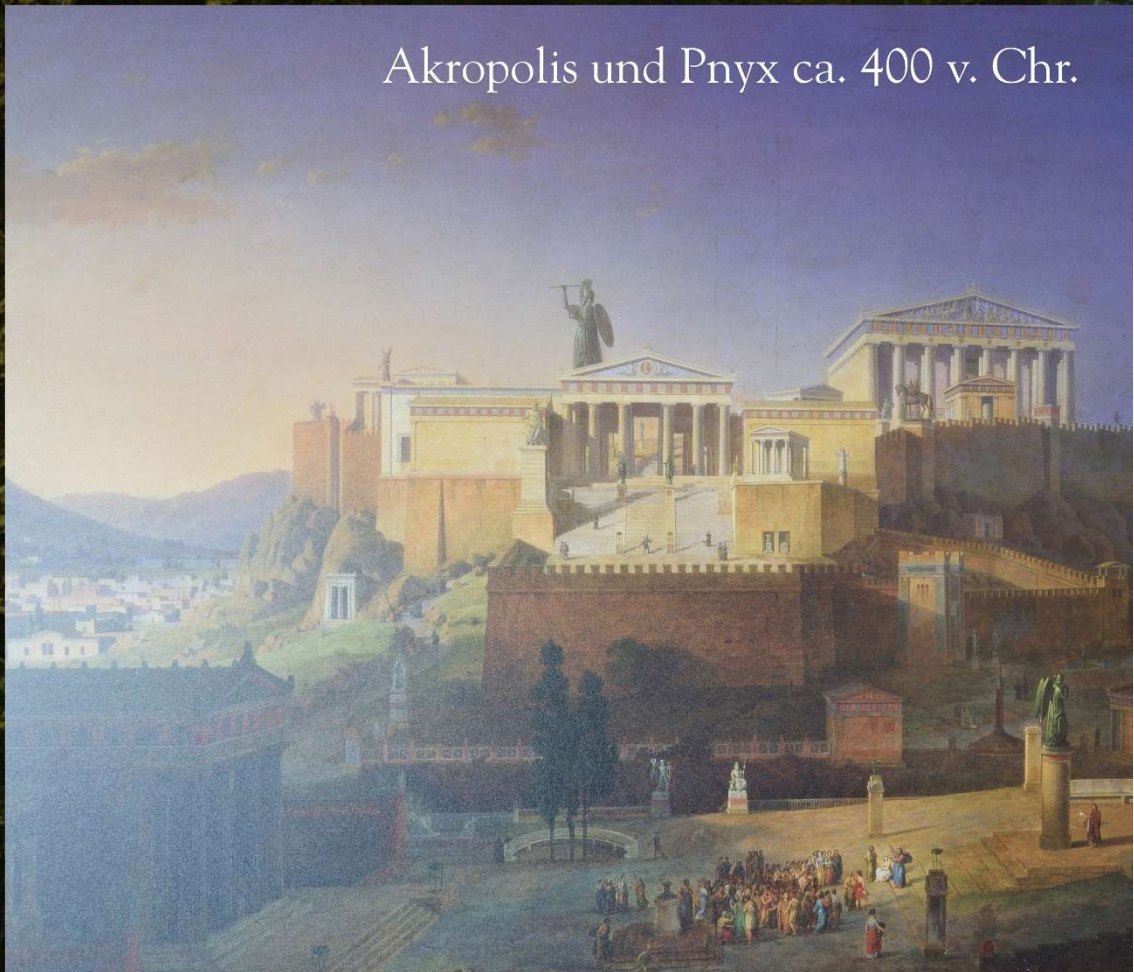
Bestelllink

https://www.amazon.de/s?k=demokratiestaatsgebot&__mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&crid=386WY5OM8BND9&srefix=demokratiestaatsgebo%2Caps%2C152&ref=nb_sb_noss_2

M I C H A E L R O T H E R

Demokratiestaatsgebot ko repräsentatives System, Praxistest

Akropolis und Pnyx ca. 400 v. Chr.



was bedeutet Demokratie

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", ein scheinbar gewagter Satz, welcher aber das Demokratiestaatsgebot unserer Verfassung einleitet und nicht nur eine Hommage an den Kern der in der griechischen Antike geschaffenen Regierungsform darstellt.

Das nicht praktizierte Demokratiestaatsgebot

Die diesem Buch zugrundeliegende Sammelpetition von 70000 Zeichnern wurde von der Organisation "Klimamitbestimmung Jetzt" in den Bundestag eingebracht und in einer öffentlichen Sitzung des zuständigen Petitionsausschusses final zur Bescheidung in den Bundestag entlassen. Petitionen sind Bitten um Gehör, garantieren aber jedem einzelnen Zeichner der Petition das unmittelbar Verfassungsrecht auf Bescheidung, ob positiv oder negativ. Diese Petition wurde, entgegen der gültigen Klarstellung des Bundesverfassungsgerichtes von 1953, final nicht beschieden und danach leise im Bundestag über die Sammelvorlagemappen versenkt. Das wiederum löste eine Verfassungsbeschwerde des Autors - zeichnender Petent - aus, welche verfassungswidrig mit einem "Urteil der leeren Blätter" endete. Ermöglicht hat es das "repräsentative System" über die hier anwendbaren Bestimmungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, welches Richtung der Petitionen nicht verfassungskonform ist.

**Teil der
Vermeidungsstrategie
der
verfassungskonformen
Bescheidung von nicht**

gewollten
Sammelpetitionen

22. April 2024

Sehr geehrter Herr Rothke,

Ihre E-Mail vom 22. April 2024 wurde mir wegen eines Einwurfsantrags mit Interesse vorgelesen. Für die dortigen ausstehenden langen Bearbeitungszeiten würde ich mich entschuldigen.

In Ihrer E-Mail werden Sie unterschiedliche Fragen zu einer Petition auf die die Erarbeitung eines Stützpunktes zur Klimapolitik forderte.

Ich möchte auf Ihre Frage eingehen, in welcher Form der Bundestag bei der Bearbeitung der Petition beteiligt war.

Die von Ihnen angesprochenen Petition wurde zunächst im Petitionsausschuss beraten. Der Petitionsausschuss hat dem Bundestag empfohlen zu beschließen, die Petition den Fraktionen der Deutschen Bundestage zur Kenntnis zu geben. Dies ist auf der einen Seite der Rechtszustand und andererseits zu erkennen. Dessen Vorzug ist der Bundestag selbst. Eine Abstimmung erfolgte im Plenum anhand von Stimmzetteln, wie es meistens der Fall ist. Es besteht auch die Möglichkeit, einzelne Petitionen beizubehalten.

Wichtig ist, dass die Petition als Teil des Antrages der damaligen Fraktion DIE LINKE, abgelehnt, wobei die Petition der Bundesregierung – dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz – als Mittel zur Überweisung und so hat.

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben unter der Möglichkeit, die Petitionen der Petition zu beschließen.

Kein begründeter
Befangenheitsantrag zu
Einzelrichtern des 3.
Kammer des II. Senates des
Bundesverfassungsgerichtes
möglich

Seitverständlich bleibt es Ihnen unbenommen, sich kritisch zu dem Nichtbeschwerden zu äußern. Es ist jedoch dem Bundesverfassungsgericht und seinen Richtern nach den gesetzlichen Vorschriften nicht möglich, eine entsprechende Entscheidung nachträglich zu kommentieren oder eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Soweit Sie im Vorfeld als Überwachungsbehörde geachtet von Richter in ~~...~~ zu ziehen, so ist Ihnen mit, dass die Ablehnung von Richtern grundsätzlich vom Beginn des Verfahrens an bis zum Beginn des Urteilsverfahrens in einem Verfahren nicht möglich ist. Dies ist zum Abschluss der Entscheidung, außer, werden kein Prof. Schmidt Blöcher/Klein/Bethge, Bundesverfassungsgericht, § 27 Abs. 12). Eine nachträgliche Nichtbeschwerde ist schon an diesem Punkte unzulässig. Man kommt die Ablehnung

Nicht möglich!

Ein Urteil der "leeren
Blätter" der geheim
tagenden Kammer

Nach die 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch die Richterinnen ~~...~~ und den Richter ~~...~~ gemäß § 30c in Verbindung mit § 83a BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473) am 2. Februar 2023 einstimmig beschlossen:

Die Verfassungsbeschwerden sind nicht zur Entscheidung zuzulassen.

Diese Entscheidung ist unbeschwerbar.

Ausgegeben
[Signature]
[Stempel]

Warum wurde das verkümmerte
Demokratiestaatsgebot des Artikel 20
(2) seit 1949 nicht nachgebessert und
wie müsste ein Modell der gesetzlich
organisierten Bürgerbeteiligung
aussehen?

Auszug aus dem Buch. Der 1. Kommentar zum Grundgesetz und ein Tagebuch aus dem Konvent - Teil der Verfassungsgebung - werden im Buch eingehende behandelt

Die Volksabstimmung wurde im Konvent - dem parlamentarischen Rat vorausgehende juristische Entwicklungsarbeit zur neuen Verfassung - überliefert diskutiert. Herrmann Brill hielt sie in einem Redebeitrag hinsichtlich der nicht kalkulierbaren Demokratiefähigkeit der Deutschen, 3 1/2 Jahre nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft, für zu riskant. Man nahm die Abstimmung dann aber im parlamentarischen Rat in das Demokratiestaatsgebot des Artikel 20 (2) auf und verzichtete aus naheliegenden Gründen auf die verbindlichen Ausführungsbestimmungen. Ausgenommen war natürlich die international üblicherweise über einen Volksentscheid zu bestätigende staatliche Neugliederung. Der zeitgemäße Verfassungsauftrag die Verkümmern aufzuheben, wäre schon längst begründbar und ganz im Sinne der verfassungsrechtlich plausibleren Integrationslehre. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen muss sich das Verfassungsrecht, demokratiewahrend für die Zukunft ausgelegt, anpassen. Ich verweise hier mal auf das Wahlrecht für Frauen und die

Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Prozesse am obersten Gerichtshof der USA haben tolle Filme geschaffen.

Bürgerbeteiligungsgesetz

- Bürgerbeteiligungsgesetz der institutionalisierte Demokratiestaatsgebotes im Sinne des herausragend nach den Artikeln 20 (2) und 20 a des Grundgesetzes. Bürgerräte der "freien" Themenwahl können nach Bürgern oder dem Parlament initiiert werden. Der Fraktionszwang wird für die Parlamentsinitiative Abstimmung ausgesetzt. Die Nachhaltigkeit des gegenseitigen Fristen von Rat und Regierung schottischen Klimagesetzes von 2019 gesetz. Anmerkung: Das Petitionsrecht des Artikel "Sammelpetitionen der unerwünschten Themen"

Bürgerrat, die stellvertretende beratende Abstimmung des Volkes

- Der Bürgerrat muss neutralwissenschaftlich vorgehen. Wissenschaftliche Interdisziplinarität unerwünscht. Verknüpfungen sind die originäre Bürgerrates. Das grundsätzliche Konzept der Abstimmung wurde vom Bundestagspräsidium mit mehreren Jahren eingekauft. Liegen die Expertisen des Bundestages Gendarstellung der Regierung vor, so ist eine öffentliche Parlamentes zwingend erforderlich, ansonsten gibt es keine Entwicklung. Die Teilnahme von Bürgerrat und einen neutralwissenschaftlichen Beirat mit offensichtlichen Lügen ergänzt werden. So kann effektiv für das Volk im Parlament ausgerollt und verlinkt werden. Die Live-Übertragung aus dem Bundestag verlinkt werden. Das wäre der wichtigste Schritt zeitgemäßen Auslegung der attischen E

Die Volksabstimmung

- Nach der Faktenklärung im Bürgerrat und im Problem der breiten Legitimation durch das Volk, verkümmerten Demokratiestaatsgebote nach Artikel 20. Die Masse ist nach einem öffentlichkeitswirksamen hierfür - der Brexit ist entgegen der Auffassung notwendigen Fakten vorbereitet, jedenfalls dann Medien auf wissenschaftliche Faktenbildung verknüpfen. Bürgerrat ist der ohne Verfassungsänderung mögliche heute trotz Massengesellschaft mögliche Bürgerende breiter Legitimationsbasis. Die Volksabstimmung krönende Abschluss, diese bedarf aber der Zustimmung Abgeordneten des Bundestages. Die verfassungsrechtliche Integrationslehre, nicht praktiziert, würde den zeitgeschichtlich unterstellen mit



Die persönliche Homepage

<https://www.meinaussiefreundhopehaiger.de>